

Gert W. Kück **Indien:**
Aktuelle Tendenzen in
Politik und Wirtschaft

Obwohl mehrfach von Bündniskrisen geschüttelt, konnte die nach den Parlamentswahlen vom September/Oktober 1999 erneut die Regierung bildende National Democratic Alliance, eine von der Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei: BJP) geführte Koalition aus 24 – vor allem regionalen – Parteien im Jahre 2000 ihre Machtposition behaupten. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit werden als Prinzipien der Regierungstätigkeit postuliert, eine Öffnung Indiens nach außen und eine stärkere Rolle für das Land als Regionalmacht in Südasiens angestrebt. Die Opposition mit dem Congress (I) als Hauptkraft sieht die säkulare Kultur Indiens durch die Politik der BJP gefährdet.

In Indien, der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt, hat sich das durch die Parlamentswahlen vom September 1999 bestätigte BJP-geführte Regierungsbündnis aus 24 Parteien, trotz erheblicher Interessengegensätze innerhalb der Koalition und verstärkter Anstrengungen der Opposition mit dem Congress(I) an der Spitze, stabilisiert. Der von der BJP und ihren Partnern weitergeführte wirtschaftliche Reform- und Liberalisierungsprozess löste ein verstärktes Wachstum aus, hat aber zugleich eine weitere Polarisierung der Einkommensverteilung zur Folge und ist eng verflochten mit dem enormen Bevölkerungsdruck (16,7 Prozent der Weltbevölkerung auf 2,4 Prozent der Landfläche der Erde) sowie mit gravierenden Problemen und Konflikten auf politischem, ökonomisch-ökologischem, sozialem, religiösem und ethnischem Gebiet.

In dem sich in einem komplexen Umbruchs- und Modernisierungsprozess befindenden Land sind eine teilweise Fragmentierung des politischen Systems und zunehmende hindufundamentalistische Tendenzen unübersehbar. Wichtigste außenpolitische Determinanten sind der Konflikt mit Pakistan um Kashmir, der Südasiens zu einer der „gefährlichsten Regionen der Welt“ macht (Clinton), das ambivalente Verhältnis zu China, die veränderte Wahrnehmung durch die USA, die Restauration der Beziehungen zu Russland, die *Looking-East*-Politik gegenüber Südostasien, der grenzüberschreitende Terrorismus und der Anspruch, als Regional- und Nuklearmacht sowie als potenzielles ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates respektiert zu werden.

Nicht genug gewürdigt werden kann die Tatsache, dass Indien im Gegensatz zur Mehrheit der Entwicklungsländer seit der Gewinnung seiner Unabhängigkeit eine (mit Ausnahme des die Regel nur bestätigenden Ausnahmezustands 1976/77) ununterbrochene demokratische Entwicklung genommen hat. Die auch verfassungsmäßig abgesicherte demokratische politische und wirtschaftliche Ordnung, ein weitgefächertes Mehrparteiensystem, eine funktionierende Gewaltenteilung, quasi-föderale Strukturen sowie eine freie Presse sind feste Bestandteile des nationalen Grundkonsenses. Dennoch wird in Indien selbst nicht bestritten, dass es – z.B. angesichts von Korruption, Menschenrechtsverletzungen oder sozialen Ungerechtigkeiten – durchaus einen demokratie- und ordnungspolitischen Ergänzungs- und Nachholbedarf gibt.

Ein Beitrag zu dessen Deckung ist, nicht zuletzt wegen der Rolle der indischen Demokratie im „Süden“ unseres Globus, wichtig. Aus deutscher Sicht zu beachten ist, dass die Sicherheit der Bundesrepublik von der Lage auf dem asiatischen Kontinent mitbestimmt wird und diese daher ein eigenes Interesse an einer rechtsstaatlichen, demokratischen und auf soziale Marktwirtschaft gerichteten inneren Verfassung der Staaten der Region, an regionaler Stabilität und an der Sicherung des Friedens im asiatisch-pazifischen Raum hat.

Die rasch wachsende regionale und internationale Bedeutung Indiens und die dem zugrunde liegenden inneren Entwicklungen haben weitreichende Implikationen nicht nur für das Land selbst und die südasiatische Region, sondern auch für das weltweite Geschehen. Daher sind Beiträge zur Festigung der demokratisch-rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Struktur Indiens sowie zur Konfliktvorbeugung von großer Bedeutung für die regionale Stabilität und die Friedenssicherung im asiatisch-pazifischen Raum und damit direkt für die Sicherung europäischer und deutscher Interessen.

■ Zu Entwicklungen in der Regierungspartei BJP

Die Bharatiya Janata Party, die an der Spitze einer gegenwärtig die indische Regierung bildenden Vielparteienkoalition steht, hat auf der Tagung ihres

■ Die rasch wachsende regionale und internationale Bedeutung Indiens und die dem zugrunde liegenden inneren Entwicklungen haben weitreichende Implikationen nicht nur für das Land selbst und die südasiatische Region, sondern auch für das weltweite Geschehen.

■ **Trotz starken innerparteilichen Widerstandes konnte Premierminister Vajpayee sich die Unterstützung des Nationalrates für die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen und des ökonomischen Liberalisierungsprozesses durch seine Regierung sichern.**

Nationalrates Ende August 2000 in Nagpur ihre hindunationalistisch geprägten Hauptforderungen im Interesse des Koalitionserhalts und der Verbreiterung ihrer Massenbasis formal ausgesetzt. Auch soll eine neue Führungsriege mit einem Unberührbaren (*dalit*) als Präsidenten die Partei für Minderheiten attraktiver machen. Politische Beobachter, die Opposition und besonders Kreise der Muslime und der Sikhs äußerten allerdings starke Zweifel an der Aufrichtigkeit dieses Kurses. Trotz starken innerparteilichen Widerstandes konnte Premierminister Vajpayee sich die Unterstützung des Nationalrates für die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen und des ökonomischen Liberalisierungsprozesses durch seine Regierung sichern. Eine Unterzeichnung des CTBT und eine größere Autonomie für Kaschmir hielt die Mehrheit der Delegierten dagegen nach wie vor für nicht aktuell.

Am Ende der Tagung des BJP-Nationalrates forderte der neugewählte Parteipäsident Bangaru Laxman die Delegierten auf, feindseligen Haltungen in der Partei gegenüber (nichthinduistischen) Minderheiten entgegenzuwirken. Angesichts der langjährig zu beobachtenden politischen Orientierung der Mehrheit der BJP-Mitglieder und wegen der Tatsache, dass diese Partei bisher gerade wegen ihrer hindunationalistischen Schlagworte großen Zulauf hatte, halten viele politische Beobachter eine radikale Veränderung des Klimas in der BJP derzeit jedoch für fraglich. Die Rede Laxmans und auch die meisten Äußerungen führender BJP-Politiker in der Folgezeit werden daher vielfach als nach außen gerichtete taktische Rhetorik im Interesse einer Verbreiterung und Ausweitung der sozialen Basis der Partei gewertet.

Tatsächlich wurden auf der Tagung die drei Hauptforderungen der BJP, nämlich die Abschaffung des Artikels 370 der Verfassung (Sonderstatus für Jammu und Kaschmir), die Einführung eines einheitlichen Zivilrechts (d.h. Aufhebung des Rechtes der muslimischen Gemeinschaften auf Regelung zivilrechtlicher Fragen nach der *Shari'a*) und die Errichtung eines Ram-Tempels in Ayodhya (an Stelle der 1992 durch fanatische Hindus zerstörten, angeblich auf dem Geburtsort des epischen Hindu-Helden und -Gottes Ram stehenden Babri-Moschee) beiseite gestellt. Dies ist allerdings so neu nicht, weil die BJP

schon 1998 bei der erstmaligen Aufstellung des Programms der National Democratic Alliance (NDA), der Koalitionsvereinbarung mit ihren Partnern, auf die Einbeziehung dieser Forderungen verzichtete und diese Haltung auch 1999 bei der Bestätigung dieser Vereinbarung beibehielt.

Bemerkenswert war die BJP-Nationalratstagung in Nagpur daher eigentlich aus einem anderen Grund: Es gelang den in der Regierung die Hauptpositionen einnehmenden führenden BJP-Politikern – Premierminister Atal Behari Vajpayee, Außenminister Jaswant Singh, Innenminister L.K. Advani und Finanzminister Yashwant Sinha –, die besonders gegen die Wirtschaftspolitik der NDA vehement opponierende Mehrheit der Parteiorganisationen zu besänftigen und auf die ökonomischen Zielsetzungen der Regierung einzustimmen. Damit war der Weg zunächst einmal wieder offener für mehr wirtschaftliche Liberalisierung im Inneren und für die weitere Öffnung Indiens nach außen. Die beschwörenden Worte Vajpayees, die schwer erkämpfte Macht nicht durch übermäßige Kritik der Basis an Grundpositionen der Regierungspolitik zu gefährden, und die Aufforderung Advanis, sich nicht „wie die Opposition zu benehmen“, hatten letztlich Erfolg. Angesichts der Tatsache, dass sich die Situation im Vorfeld der Nationalratstagung so weit zugespitzt hatte, dass auf eine Resolution zu Wirtschaftsfragen überhaupt verzichtet werden sollte, ist das ein bemerkenswerter Erfolg der Regierungsverantwortung tragenden Spitzenpolitiker der BJP.

Zum anderen bleibt es, obwohl BJP-Präsident Laxman in einer Rede nach seiner Wahl die Muslime als „Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut“ bezeichnete, wohl eine Tatsache (so Neena Vyas in *The Hindu* vom 3. September 2000), dass die Mehrheit der BJP-Mitglieder als Hindus die Muslime, zugespitzt formuliert, en masse als pro-pakistanisch und als potenzielle Sympathisanten des pakistanischen Geheimdienstes ISI einstuft. Auch das Kaschmirproblem werde von der BJP-Basis in einseitiger Weise weitgehend nur als eine Frage des Verhaltens der dortigen muslimischen Majorität angesehen. Die BJP habe sich seit ihrer Gründung fast zwei Jahrzehnte niemals ernsthaft um die Muslime bemüht und erst im Zusammenhang mit den Parla-

■ ■ ■ **Auch das Kaschmirproblem werde von der BJP-Basis in einseitiger Weise weitgehend nur als eine Frage des Verhaltens der dortigen muslimischen Majorität angesehen.**

mentswahlen von 1998 Offerten an diese gemacht, um deren Wählerpotenzial für sich zu erschließen.

Auf seiner ersten Pressekonferenz unterstrich Laxman, dass er seine Aufgabe in den nächsten drei Jahren bis zu den nächsten Wahlen zur Lok Sabha (dem indischen Unterhaus) darin sehe, die BJP zu der Partei zu machen, die von der Mehrheit der Wähler als die allein regierungsfähige politische Kraft im Lande angesehen wird. In diesem Zusammenhang hat er wohl richtig erkannt, dass die Gewinnung der etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachenden nichthinduistischen Minderheiten nicht vernachlässigt werden kann, wenn ein langfristig verfügbares, solides Wählerpotenzial aufgebaut werden soll.

Zur *hindutva* (der hindunationalistisch-fundamentalistischen Ideologie) hat Laxman in seiner politischen Laufbahn eine ambivalente Haltung eingenommen, die sich auch gegenwärtig fortsetzt. Während er auf der BJP-Nationalratstagung in Nagpur die Ende Dezember 1999 auf der vorherigen Tagung in Chennai (Madras) erstmalig ausgegebene nunmehrige offizielle Linie der BJP vertrat, dass die *hindutva* die Massen nicht mehr anziehe und daher beiseite gelegt werden müsse, schrieb er in der *Panchjanya*, dem Organ der RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh: Nationaler Selbsthilfebund), dass „eine Aufgabe der *hindutva* nicht in Frage käme“ und die BJP „eine *Hindutva*-Partei“ sei.

Ende 2000 kam Premierminister Vajpayee in beiden Häusern des Parlaments wegen einer Bemerkung zum Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya unter starken Druck der Opposition, aber auch zahlreicher Mitglieder der Koalition. Vajpayee hatte für den Tempelbau einseitig Partei ergriffen. An dieser Auseinandersetzung nahm auch die indische Öffentlichkeit starken Anteil. Dem Premierminister wurde vorgeworfen, den Bau dieses Tempels an Stelle der durch fanatisierte hindunationalistische Kräfte am 6. Dezember 1992 zerstörten Babri-Moschee zu befürworten und damit massiv nicht nur gegen den Koalitionskonsens der NDA zu verstoßen, sondern auch gegen den säkularen Charakter des indischen Staates. Vajpayee verwahrte sich zwar mehrfach massiv gegen diesen Vorwurf, konnte ihn aber in den Augen einer breiten Öffentlichkeit nicht entkräften.

■ Ende 2000 kam Premierminister Vajpayee in beiden Häusern des Parlaments wegen einer Bemerkung zum Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya unter starken Druck der Opposition, aber auch zahlreicher Mitglieder der Koalition. Vajpayee hatte für den Tempelbau einseitig Partei ergriffen.

Der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), aus der fast alle führenden BJP-Politiker hervorgegangen sind und dem sie noch heute angehören bzw. verbunden sind, lässt keinen Zweifel daran, dass er den Bau eines Ram-Tempels auf dem Gelände der ehemaligen Babri-Moschee nach wie vor anstrebt, und diesen im Verbund mit den in der Sangh Parivar („einheitliche Familie“: Dachorganisation fundamentalistisch-radikaler hinduistischer Organisationen) zusammenarbeitenden anderen hindunationalistischen Organisationen, vor allem dem Vishwa Hindu Parishad (VHP, Hindu-Weltrat) vorbereitet, gegebenenfalls auch gegen die Regierung. Jedoch anerkannte der Führer des RSS, K.S. Sudarshan, in einem Brief vom 7. August 2000 an den Präsidenten der indischen Muslimorganisation All India Muslim Majilis-e-Mushawarat, Syed Shahabuddin, erstmals an, dass ein Schiedsspruch der Justiz akzeptiert werden sollte. Demgegenüber ließ die VHP direkt nach der Nationalrats-tagung der BJP durch einen ihrer Generalsekretäre, Pravin Togadiya, verlauten, dass der Zeitplan für den Tempelbau nicht vom Programm der BJP-geführten Regierung abhängen, sondern „vom Volk bestimmt“ würde. Der Tempelbau werde nach dem März 2001 beginnen, bis dahin seien die restlichen 28 der 108 Säulen fertiggestellt. Jede Partei, die dem Tempel im Wege stünde oder die Abschaffung des Artikels 370 sowie die Einführung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches nicht auf ihrer Tagesordnung habe, werde bei den nächsten Wahlen dafür die Quittung erhalten. Gleichzeitig warnte er vor Bestrebungen der BJP-Führung, religiöse Minderheiten wie die Muslime durch Zugeständnisse auf ihre Seite ziehen zu wollen, da dies den Interessen des Landes schaden würde.

Trotz dieser Widersprüche hat die Tagung in Nagpur den Kurs wichtiger BJP-Spitzenpolitiker bestätigt, die der Partei ein neues, demokratisches und weltoffenes Image geben wollen. Dies kommt insbesondere in der Resolution über Wirtschaftsfragen zum Ausdruck. Finanzminister Sinha und BJP-Generalsekretär K.N. Govindacharya führten die Resolution ein. Dabei wandte sich letzterer scharf gegen jene Mitglieder der Partei, die zwar detailliert auf die aus der Globalisierung erwachsenden Probleme verwiesen, aber „das Paradies auf einem Wege zu erreichen suchten, dessen Bau sie anderen über-

■ Der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), aus der fast alle führenden BJP-Politiker hervorgegangen sind und dem sie noch heute angehören bzw. verbunden sind, lässt keinen Zweifel daran, dass er den Bau eines Ram-Tempels auf dem Gelände der ehemaligen Babri-Moschee nach wie vor anstrebt.

lassen“. Jedes Land habe seinen eigenen Kurs zur Bewältigung dieser Probleme abzustecken. Sinha verneinte energisch, dass die Regierung dem IMF, der Weltbank oder der WTO erlaubt habe, Indiens wirtschaftliche Zielsetzungen zu bestimmen.

In der Resolution wird unterstrichen, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung Vajpayee zu einem Anwachsen der Wachstumsrate auf 6,5 Prozent geführt habe. Für die nächste Dekade werde eine Wachstumsrate von neun Prozent und eine deutliche Anhebung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens angestrebt.

Angesprochen wird die Befürchtung, dass die Senkung der Zölle und nichttarifären Abgaben auf Importe nach den WTO-Vereinbarungen sowie die Auswirkungen der Globalisierung vor allem für den Agrarsektor und die kleinen und mittleren Betriebe Nachteile bringen werden. Die vorhandene Infrastruktur (Energie, Straßen, Eisenbahnen, Seehäfen und Flughäfen) entspreche nicht den Anforderungen. Dagegen habe Indien auf dem Gebiet der Informationstechnologie bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die Privatisierung staatlicher Unternehmen müsse weiter vorangetrieben werden. Maßnahmen seien notwendig zur Minderung negativer Wirkungen weltweiter Entwicklungen auf die Landwirtschaft und die Industrie sowie das Kleingewerbe.

Ein stärkerer Zustrom ausländischer Direktinvestitionen müsse durch die Verbesserung der Zugangsbedingungen erreicht werden, wobei diese Mittel tatsächlich zu neuen Kapazitäten führen und nicht vorrangig zur Übernahme indischer Unternehmen verwendet werden sollten.

■ Positionen zu sicherheitspolitischen Aspekten

■ Während eines dreitägigen offiziellen Besuches des indischen Außenministers Jaswant Singh in Singapur legte dieser am 2. Juni 2000 die Haltung Indiens zu wichtigen internationalen Fragen dar, die auch zum Jahreswechsel noch als gültig angesehen werden kann.

Während eines dreitägigen offiziellen Besuches des indischen Außenministers Jaswant Singh in Singapur legte dieser am 2. Juni 2000 die Haltung Indiens zu wichtigen internationalen Fragen dar, die auch zum Jahreswechsel noch als gültig angesehen werden kann.

Singh, der auf einem vom dortigen Institute of Defence Studies organisierten Seminar zum Thema „Indien und Regionale Sicherheit“ sprach, ging von dem zu diesem Zeitpunkt besonders aktuellen Tamilenkonflikt in Sri Lanka aus, betonte die Unantast-

barkeit der territorialen Integrität des Nachbarlandes und schloss jede Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung des Konflikts aus. Er betonte, dass New Delhi ein Eingreifen Indiens in Sri Lanka – welcher Art auch immer – nur auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung in Colombo für denkbar halte. Andererseits machte er deutlich, dass die staatliche Einheit Sri Lankas am besten bewahrt bleiben könne, wenn die Erwartungen aller Menschen in diesem Land (dies als Hinweis auf die nach indischer Meinung Nichtgleichstellung der Tamilen) erfüllt würden.

Die Ablehnung einer Vermittlerrolle der Vereinten Nationen im Tamilenkonflikt durch Singh ergab sich ganz offensichtlich aus den Bedenken New Delhis gegenüber möglichen Implikationen für den Streit um Kashmir mit Pakistan, für dessen Lösung Indien seit jeher die Vermittlung Dritter einschließlich der Weltorganisation oder des Commonwealth strikt ausschließt. Im Gegensatz dazu stand die offizielle indische Haltung zum Putsch gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Fijis, der indischer Abstammung ist. Für die Wiederherstellung der Ordnung in Fiji hielt Singh in Singapur ein internationales Eingreifen für unabdingbar und zwar unter Hinweis darauf, dass Indien wie Fiji Mitglied des Commonwealth ist (wobei anzumerken ist, dass Pakistan wie Sri Lanka auch dem Commonwealth angehören und die vor allem ethnisch-sozial geprägten Ursachen der inneren Unruhen in Sri Lanka wie in Fiji – natürlich vor unterschiedlichem historischem Hintergrund – auf den unter britischer Kolonialherrschaft forcierten Import billiger Arbeitskräfte für die Tee- bzw. Zuckerplantagen zurückzuführen sind). Deutlich wurde hier das seit jeher bestehende, in den letzten zwei bis drei Jahren aber sprunghaft angewachsene Eigenverständnis Indiens als exklusiver regionaler Ordnungsmacht in Südasien.

Pakistan wurde von Singh aufgefordert, endlich einen Beitrag zur Schaffung eines politischen Klimas zu leisten, der es möglich mache, die Gespräche zwischen New Delhi und Islamabad wieder aufzunehmen. Vor allem müsse Pakistan in Jammu und Kashmir sowie im Nordosten Indiens seine Unterstützung des grenzüberschreitenden Terrorismus aufgeben. Weiterhin müsse Pakistan sich eindeutig zu den bilateralen Verträgen und Abkommen wie dem Shimla-

■ **Pakistan wurde von Singh aufgefordert, endlich einen Beitrag zur Schaffung eines politischen Klimas zu leisten, der es möglich mache, die Gespräche zwischen New Delhi und Islamabad wieder aufzunehmen.**

■ Der aus Anlass des islamischen Fastenmonats Ramadan zu Beginn des Jahres 2001 von der indischen Regierung einseitig verkündete Waffenstillstand stieß in der indischen Öffentlichkeit sowohl auf breite Zustimmung als auch entrüstete Ablehnung und wurde von den im indischen Teil von Jammu und Kashmir operierenden Aufständischen entweder nur zeit- oder teilweise oder gar nicht angenommen.

Abkommen und der Lahore-Deklaration bekennen und, wie schon in vor längerer Zeit in relevanten UN-Resolutionen über ein Referendum in Jammu und Kashmir verlangt, dort besetzte Gebiete räumen. Der aus Anlass des islamischen Fastenmonats Ramadan zu Beginn des Jahres 2001 von der indischen Regierung einseitig verkündete Waffenstillstand stieß in der indischen Öffentlichkeit sowohl auf breite Zustimmung als auch entrüstete Ablehnung und wurde von den im indischen Teil von Jammu und Kashmir operierenden Aufständischen entweder nur zeit- oder teilweise oder gar nicht angenommen.

Zur Nuklearfrage erklärte Singh, dass Indien mit seiner Nukleardoktrin einen „alternativen Weg zur Abrüstung“ aufgezeigt habe. Das zeige sich im ausdrücklichen Verzicht Indiens auf die Erstanwendung von Atomwaffen, der als Vorbild und Norm für internationale Verhaltensweisen und Verpflichtungen gelten könne. In gleiche Richtung wirke die von Indien bekräftigte Haltung, keine Nuklearwaffen gegen solche Staaten einsetzen zu wollen, die nicht über derartige Waffen verfügen. Auch habe Indien Vorsorge getroffen, dass stationierte Atomwaffen strikter Kontrolle unterliegen. Die seitdem unternommenen Erprobungen von Trägersystemen, vor allem die der auch für Atomsprenköpfe eingerichteten ballistischen Mittelstreckenrakete Agni-II mit einer Reichweite von rund 2500 km Mitte Januar 2001 und deren angekündigte Einführung in die Bewaffnung der Streitkräfte, haben in Pakistan gleichgelagerte Entwicklungen beschleunigt. Während Verteidigungsminister George Fernandes bestritt, dass der Agni-Test die Rüstungstendenzen in Südasiens intensiviere, und von einem Schritt in Richtung eines für Indien notwendigen Minimums an glaubwürdiger Abschreckung sprach, schrieb *The Hindu* am 19. Januar 2001: „Einerseits gibt es ein Gefühl des Stolzes über den wissenschaftlichen Erfolg, andererseits existiert eine klar umrissene Besorgnis über die Auswirkungen dieses jüngsten Ereignisses in Richtung eines beunruhigenden und stetig eskalierenden Wettrüstens.“

Singh unterstrich in Singapur die seit Mitte/Ende 1998 durch die an der Regierung befindliche BJP-geführte Koalition in zunehmendem Maße geäußerte Position, dass „Indien und die USA natürliche Alli-

ierte“ seien, und dass beide Länder jetzt daran arbeiten, diese Allianz praktisch zu untermauern. Dies sei jedoch in keiner Weise so zu verstehen, dass der Ausbau der Beziehungen zwischen Indien und den USA sich gegen „irgendwelche anderen bilateralen Beziehungen oder gegen irgend ein anderes Land (sprich China, der Verf.) oder eine andere Gruppierung“ richte.

Dies ist im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des indischen Präsidenten K.R. Narayanan in China zu sehen, der nach indischer Auffassung dazu führte, dass China seine Bedenken gegenüber der Entscheidung Indiens und der USA, eine neue strategische Beziehung einzugehen, zurückgestellt oder sogar aufgegeben hat. China habe vor und während des Besuches mit seiner Anerkennung darüber, wie die Ankunft des Karmapa Lama durch Indien behandelt worden sei, und durch die Zurückstellung der Nuklearfrage in den Gesprächen Verständigungsbereitschaft bekundet. Narayanans Besuch in China wurde in der indischen Öffentlichkeit allgemein als hoffnungsvoller Durchbruch bei der Neugestaltung des gegenseitigen Verhältnisses gewertet. Nach 50 Jahren diplomatischer Beziehungen und in diesen fünf Jahrzehnten zumeist vergebener Chancen bestünde nunmehr die Hoffnung auf größere, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den beiden asiatischen Giganten. Beide Seiten hätten dies signalisiert und damit die besonders seit den Tagen von Pokhran II im Mai 1998 (in denen Verteidigungsminister Fernandes China als die „Bedrohung Nummer 1“ für Indien bezeichnet hatte) weitgehend desolaten bilateralen Kontakte wiederbelebt. Der Besuch Li Pengs, des Vorsitzenden des chinesischen Volkskongresses, in New Delhi Mitte Januar 2001 – insbesondere dessen als Annäherung an die indische Position verstandene Äußerungen zum internationalen Terrorismus und zur klaren Definition der umstrittenen Line of Actual Control zwischen Indien und China – haben zu einer weiteren atmosphärischen Verbesserung des Klimas geführt, deren Dauerhaftigkeit allerdings abzuwarten ist.

Das offizielle New Delhi und die meisten politischen Beobachter sind gegenwärtig der Meinung, dass China es aufgegeben habe, Indien in der „südasiatischen Zwangsjacke“ halten zu wollen, und dass

■ Das offizielle New Delhi und die meisten politischen Beobachter sind gegenwärtig der Meinung, dass China es aufgegeben habe, Indien in der „südasiatischen Zwangsjacke“ halten zu wollen, und dass es seine Ankunft in der internationalen Arena akzeptiere.

es seine Ankunft in der internationalen Arena akzeptiere. Indien andererseits habe klargestellt, dass es China respektiere und gangbare Wege suche, zusammen mit China die Instabilitäten in der gegenwärtig unipolaren Welt zu vermindern bzw. zu beseitigen.

Neben offensichtlichen Chancen bestehen aber ebenso offensichtlich weiterhin brisante Streitpunkte. Was die seit langem schwelenden Grenzprobleme im Nordwesten (Jammu und Kashmir) und Nordosten Indiens angehe, so hat China Geduld angemahnt, während Indien den Wunsch nach baldigen, gegenseitig akzeptablen Lösungen betont. Der indische Präsident anerkannte während seines Besuches, dass beide Länder ihre Vorbehalte haben, jedoch sollten „überkommene“ Probleme nicht der „Geschichte anheim gestellt werden“. Ungeachtet seiner verbalen Verurteilung des Terrorismus habe China es aus indischer Sicht bisher versäumt, Pakistan für seine Unterstützung grenzüberschreitender terroristischer Akte gegen Indien zu verurteilen, und gebe dem pakistanischen Raketen- und Atomprogramm weiteren Rückhalt. Auch habe China zwar die Notwendigkeit der Reformierung und des Umbaus der Vereinten Nationen betont, verweigere sich aber, Indiens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterstützen. Damit folge China der pakistanischen Auffassung, die eine Zuweisung eines solchen Sitzes nach dem Rotationsprinzip verlange. Chinas Haltung in dieser Frage sei um so unverständlicher, als zwei der Großmächte, Frankreich und Russland, und neuerdings auch Indonesien sich bereits für einen ständigen Sitz Indiens im VN-Sicherheitsrat offen gezeigt hätten.

■ Der am 27. Februar 2000 vor beiden Häusern des Parlaments vorgestellte Economic Survey 1999-2000, der bisher letzte Jahreswirtschaftsbericht der indischen Regierung, zeichnete ein Bild, das sich durchaus von den Perspektiven, die aus der im Boom befindlichen Börsenentwicklung und den eher zuversichtlichen Prognosen der großen Unternehmerverbände entnommen werden könnten, unterscheidet.

■ Wirtschaftslage und Budgetdiskussion

Der am 27. Februar 2000 vor beiden Häusern des Parlaments vorgestellte Economic Survey 1999-2000, der bisher letzte Jahreswirtschaftsbericht der indischen Regierung, zeichnete ein Bild, das sich durchaus von den Perspektiven, die aus der im Boom befindlichen Börsenentwicklung und den eher zuversichtlichen Prognosen der großen Unternehmerverbände entnommen werden könnten, unterscheidet. Das ist insofern bemerkenswert, als es in den vergangenen Jahren in der Regel umgekehrt war

und die damaligen Wirtschaftsberichte der Regierung ein positiveres Bild zeichnen, als die kritischen Stellungnahmen der Verbände.

Trotz Erholungstendenzen in der Industrieproduktion und im Bauwesen sowie ungeachtet der von 1998/99 bis Ende Januar 2000 von 6,9 auf 3,3 Prozent abgesenkten Inflationsrate und relativ geringer Auswirkungen der Asienkrise und der Sanktionen im Gefolge der Nukleartests vom Mai 1998 stellte der Bericht fest, dass die gesamtwirtschaftlichen Aussichten als wenig ermutigend einzuschätzen sind, was sich unterdessen bestätigt hat. Als Grund hierfür ist ein vermindertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei gleichzeitigem Anwachsen der Ausgaben sowohl der Union als auch der Unionsstaaten und -territorien einschließlich umfangreicher Subventionen anzusehen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sank von rund 6,8 Prozent im vorherigen auf wahrscheinlich 5,3 Prozent im laufenden Finanzjahr (jeweils 1. April bis 31. März). Das wäre wesentlich weniger als die 7,2 Prozent, die im Durchschnitt der drei Jahre 1994/95 bis 1996/97 erreicht worden waren, und läge zudem weit unter den etwa acht bis neun Prozent Wachstum, die nach Expertenmeinung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut und der Unterentwicklung notwendig wären.

Der erwähnte Wirtschaftsbericht war Ausdruck der Tatsache, dass sich die finanzielle Lage des Landes im Jahre 1999 in starkem Maße unkontrolliert entwickelt hatte, ja sogar drohte, außer Kontrolle zu geraten. Die Gründe hierfür sind zu sehen in:

- der „administrativen Ruhepause“ und den politischen Instabilitäten infolge der beiden aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen vom Februar/März 1998 und vom September/ Oktober 1999,
- Naturkatastrophen wie dem weite Küstenstriche des Unionsstaates Orissa verwüstenden Zyklon,
- den Auswirkungen des verdeckten Krieges mit Pakistan in der Kargil-Region in Kaschmir,
- den schlechten Ergebnissen der landwirtschaftlichen Produktion,
- den gestiegenen Rohölpreisen,
- sowie in Exportproblemen und der Gefahr eines wachsenden Außenhandelsdefizits.

Positiven Trends der wirtschaftlichen Entwicklung wie dem Anwachsen der Industrieproduktion, dem

■ Trotz Erholungstendenzen in der Industrieproduktion und im Bauwesen sowie ungeachtet der von 1998/99 bis Ende Januar 2000 von 6,9 auf 3,3 Prozent abgesenkten Inflationsrate und relativ geringer Auswirkungen der Asienkrise und der Sanktionen im Gefolge der Nukleartests vom Mai 1998 stellte der Bericht fest, dass die gesamtwirtschaftlichen Aussichten als wenig ermutigend einzuschätzen sind, was sich unterdessen bestätigt hat.

Ansteigen der Devisenreserven von April bis Dezember 1999 um 2,4 Milliarden auf 31,9 Milliarden, bis 31. März 2000 auf 35,1 Milliarden und bis 5. Januar 2001 auf 37,4 Milliarden US-Dollar und der nach wie vor relativ großen Stabilität des Wechselkurses der Indischen Rupie zum US-Dollar standen damit Negativfaktoren entgegen wie der sich deutlich abzeichnende Abfall der Agrarproduktion (z.B. Nahrungsgetreide von 203 Millionen Tonnen 1998/99 auf 199 Millionen Tonnen 1999/2000), die im Finanzjahr 1999/2000 im Vergleich zu den Vorjahren stark abgesunkenen ausländischen Direktinvestitionen (1997/98 bzw. 1998/99: 3,557 bzw. 2,462 Milliarden US-Dollar) mit 2000 weiter abgeschwächter Tendenz, die Ausweitung des Haushaltsdefizits der Union und der Unionsstaaten, die sinkende Tendenz beim Import von Investitionsgütern, die der Kapitalbeschaffung auf dem Geldmarkt entgegenstehenden hohen Zinsen, oder die nach wie vor völlig ungenügende Infrastruktur, besonders der Verkehrswege und -einrichtungen, durch die der Volkswirtschaft jährlich Milliardenverluste entstehen (z.B. beträgt die durchschnittliche Fahrleistung pro LKW und Tag in Indien rund 320 km, in Westeuropa dagegen ca. 750 km; die durchschnittliche Liegezeit pro Schiff beläuft sich auf sechs bis sieben Tage, in modernen asiatischen Häfen etwa acht bis zehn Stunden).

Der am 29. Februar 2000 im Parlament von Finanzminister Yashwant Sinha (BJP) eingebrachte Entwurf für den Staatshaushalt 2000/2001 versuchte in klassischer Weise die Einnahmen besonders durch die Erhöhung von Steuern zu steigern und darüber wachsende Ausgaben, insbesondere für Verteidigung und die Erhaltung verschiedener Subventionen, abzufangen. Das vorgelegte Budget war zum einen als Kompromiss zwischen den 24 Mitgliedern der BJP-geführten Regierungskoalition anzusehen, die auf die verschiedenartigen Interessen ihrer Anhänger achten müssen, und zum anderen als Balanceakt zwischen den Unternehmerkreisen, die an einer Öffnung Indiens nach außen interessiert sind, sowie denen, die den indischen Markt weiter abschotten wollen. Dessenungeachtet oder gerade deshalb wurde der Haushalt aus unterschiedlichen Positionen heraus attackiert, sowohl von Seiten der Steuerzahler und Subventionsempfänger, wie auch durch Protek-

■ Der am 29. Februar 2000 im Parlament von Finanzminister Yashwant Sinha (BJP) eingebrachte Entwurf für den Staatshaushalt 2000/2001 versuchte in klassischer Weise die Einnahmen besonders durch die Erhöhung von Steuern zu steigern und darüber wachsende Ausgaben, insbesondere für Verteidigung und die Erhaltung verschiedener Subventionen, abzufangen.

tionisten einerseits und Befürworter der Globalisierung andererseits oder durch fiskalische Konservative bzw. populistisch-ausgabenorientierte Kräfte. Gleiche Tendenzen deuten sich im Hinblick auf die Ende 2000 begonnene Diskussion zum Haushalt 2001/2002 an.

Die stärkere Verlagerung der Steuerquellen von indirekten zu direkten Steuern (Verhältnis 1995-2000 durchschnittlich 67,5 zu 32,5 Prozent, 2000-2001 ca. 64 zu 36 Prozent) bei gleichzeitiger Anhebung beider, die damit verbundene Erhöhung der direkten Steuern auf Einkommen, Exporteinnahmen und Dividenden sowie einiger indirekter Steuern und die vorsichtige Absenkung bzw. Streichung bestimmter Subventionen (so für Düngemittel und einige Grundnahrungsmittel, letzteres nicht für Personen und Haushalte mit Einkommen unterhalb der absoluten Armutsgrenze) konnte die angestrebte Steigerung der Ausgaben, insbesondere für Verteidigung, Soziales, Bildung und die Infrastruktur wie voraussehbar nicht kompensieren.

Ausgabenseitig war vorgesehen, dass die Aufwendungen für Verteidigung mit 28,2 Prozent den absolut größten Zuwachs erhalten und von 45.694 Crore (1 Crore = 10 Millionen) auf 58.587 Crore Ind. Rupien steigen sollen. Das sind umgerechnet rund 13,6 Milliarden US-Dollar bzw. 2,7 Prozent des BIP. Die Notwendigkeit wird mit dem militärischen Nachholbedarf, verursacht durch die Versäumnisse früherer Regierungen begründet. Kritikern der Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird entgegengehalten, dass die geplante Ausgabensumme nur 2,7 Prozent des indischen BIP betrage, während (nach indischen Berichten) China mehr als vier Prozent und Pakistan über fünf Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben; der Weltdurchschnitt betrage 2,5 Prozent). Indien sei daher durchaus kein Land, das die Verteidigung übermäßig präferiere, außerdem würde es damit nur das von 1962 bis 1986 gehaltene Niveau wieder erreichen.

■ Kritikern der Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird entgegengehalten, dass die geplante Ausgabensumme nur 2,7 Prozent des indischen BIP betrage, während (nach indischen Berichten) China mehr als vier Prozent und Pakistan über fünf Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben; der Weltdurchschnitt betrage 2,5 Prozent).

■ **Wirtschaftliche Grundlagen des indischen internationalen Rollenverständnisses**

Ganz im Sinne des Strebens nach Anerkennung als Regionalmacht in Süd- und Südostasien wurde in

Indien die Nachricht gewertet, dass die im Mai 2000 von der Weltbank herausgegebene jüngste Ausgabe der *World Development Indicators* Indien auf dem vierten Platz der weltgrößten Volkswirtschaften sieht. Indien habe damit Deutschland zwischen 1996 und 1998 überholt und liege nur noch hinter den USA, China und Japan. 2010 werde Indien wahrscheinlich Japan übertreffen und auf den dritten Platz vorrücken, nur die USA und China lägen weit voraus und seien auf lange Sicht nicht einzuholen.

Diese Rangordnung, die auf der Grundlage der von der Weltbank entwickelten Vergleichsgröße *purchasing power parity* beruht, ist auf Grund z.B. statistischer Ungenauigkeiten bei der Datenerfassung und der verwendeten Wechselkurse, vor allem aber wegen der wesentlich günstigeren Preise für Serviceleistungen sowie des niedrigen Lohnniveaus in der gesamten Wirtschaft in Ländern wie Indien anfechtbar. Dennoch dokumentiert sie die enorme numerische Stärke der indischen Volkswirtschaft. Nicht selten wird dies indischerseits als bereits existierender wesentlicher Faktor der internationalen Geltung Indiens interpretiert, der positive sicherheitspolitische Implikationen mit sich bringe. Darauf beruhen auch wiederholte Äußerungen führender indischer Politiker, dass das Land die finanziellen Belastungen der beabsichtigten nuklearen Rüstung auf dem Niveau sogenannter „minimaler Abschreckung“ oder Ausgaben, wie sie aus dem Kargilkonflikt entstanden, ohne weiteres verkraften könne.

■ Traditionell gemessen am Bruttosozialprodukt lag Indien 1998 auf Platz 11 und 1999 auf Platz 9 in der Weltrangliste.

Traditionell gemessen am Bruttosozialprodukt lag Indien 1998 auf Platz 11 und 1999 auf Platz 9 in der Weltrangliste. 1996 war Indien noch auf Platz 14. Ohne Zweifel ist Indien heute trotz unzureichender und teilweise sogar maroder Infrastruktur, vielfach überalterter Produktionsausrüstungen, eines Überwiegens traditioneller Wirtschaftszweige und in der Regel personeller Überbesetzung und geringer Arbeitsproduktivität ein Land, das nicht nur mehr lediglich vom Volumen, sondern langsam, aber stetig und in zunehmendem Maße auch von der Produktionsstruktur (Informationssektor) her als eine nicht mehr zu unterschätzende Wirtschaftsmacht in der Welt anzusehen ist.

Ungeachtet dessen gehört Indien gemessen an an der Zahl und dem relativen Anteil der in absoluter

Armut lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung, und damit an der Verteilung der Produktionsergebnisse und am sozialen Standard großer Bevölkerungsgruppen, selbst nach einem halben Jahrhundert beständigen, wenn auch nicht übermäßigen Wirtschaftswachstums, ununterbrochener demokratischer Entwicklung und strikter verfassungsrechtlicher Vorgaben zu den Sozialbedürfnissen immer noch zu den ärmsten Ländern der Erde. Selbst die von den Vorgaben her sicherlich nicht allzu kritisch gehaltenen offiziellen indischen Statistiken beziffern die Zahl der „absolut Armen“ (Tageseinkommen ca. 45 Ind. Rupien, also derzeit etwa zwei DM) auf über 350 Millionen. Das wäre zwar ein Anteil von „nur“ 35 Prozent an der Gesamtbevölkerung, aber unbestritten die weltweit größte Konzentration armer Menschen innerhalb eines Landes.

Andere Berechnungen liegen allerdings weitaus höher: Nach Angaben der ILO (1999) waren sogar 52,2 Prozent der Bevölkerung Indiens als absolut arm zu bezeichnen. Damit gehörte Indien zu den neun ärmsten Ländern der Welt. Etwa 80 Prozent der absolut armen Bevölkerung lebt auf dem flachen Land, obwohl es in den Ballungszentren riesige Slums gibt, so z.B. das in Bombay (jetzt Mumbai) gelegene Dharavi, mit über einer Million Einwohner die größte geschlossene Slumsiedlung Asiens. Charakteristisch für die Lebensverhältnisse dort sind nicht nur in jeder Hinsicht unzureichende sanitäre Verhältnisse (Trinkwasser, Fäkalienbehandlung), Krankheit, Unterernährung, geringe Lebenserwartung und Unwissenheit, sondern auch Mangel an Arbeitsplätzen, Lohnsklaverei oder kastenbedingte Diskriminierungsmechanismen.

Der auch solche Faktoren berücksichtigende Human Development Index des UNDP ordnet Indien 1999 auf Platz 132 von insgesamt 150 erfassten Ländern ein. Einen Bezug zwischen dieser Situation und den nuklearen Ambitionen Indiens herstellend, schrieb ein sicherheitspolitischer Kolumnist: „Who knows, by the time India gets its act together, maybe by 2020, the world would have found the whole idea of post World War II nuclear deterrence irrelevant[...]. We must keep in mind that for each crore (1 crore=10 Mio. Rupien, der Verf.) spent on learning such lessons, an Indian village awaits basic amenities like pri-

■ Damit gehörte Indien zu den neun ärmsten Ländern der Welt. Etwa 80 Prozent der absolut armen Bevölkerung lebt auf dem flachen Land, obwohl es in den Ballungszentren riesige Slums gibt, so z.B. das in Bombay (jetzt Mumbai) gelegene Dharavi, mit über einer Million Einwohner die größte geschlossene Slumsiedlung Asiens.

mary education, electricity, roads and potable water. India may be a proud member of some exclusive (nuclear) clubs, but there are more than 130 nations still ahead of us in terms of Human Development Index.“ (*The Indian Express*, 3. Juni 2000)

Wie bekannt, hat die Bevölkerungsstärke Indiens nach regierungsamtlichen Angaben im Jahr 2000 (nach Berechnungen der Vereinten Nationen war dies schon 1999 der Fall) die Milliardengrenze überschritten. Je nach Statistik (siehe oben) leben davon 350 bis 500 Millionen – also etwa ebenso viel bzw. ein Drittel mehr Menschen als in der EU – in absoluter Armut. Nach auch offiziell nicht bestrittenen realistischen Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen ist zu erwarten, dass die Bevölkerung Indiens bis zum Jahre 2040 noch beträchtlich weiter anwächst, wobei sich dieses Wachstum in den ärmsten Schichten konzentriert, und sich dann bei 1,6 Milliarden stabilisiert. Sollte sich an der Armutssituation nichts grundlegend ändern und die verfügbaren statistischen Angaben von 35 bis 52 Prozent absolut armer Menschen noch immer zutreffen, würden dann 560 bis 800 Millionen Menschen unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, die sich zudem noch in einigen besonders zurückgebliebenen Unionsstaaten Indiens wie in Bihar oder dem östlichen Uttar Pradesh konzentrieren würden.

Die Implikationen der durch absolute Armut bedingten Gegebenheiten (man denke u.a. nur an soziale Aggressivität, Kriminalität, Terrorismus, Umweltbelastung) für die zukünftige Entwicklung Indiens und seine innere wie äußere Sicherheitslage dürften daher, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, zumindest äußerst gravierend, wenn nicht katastrophal sein.

■ Angriffe auf Christen und kirchliche Einrichtungen

Nach den Ausschreitungen gegen Christen und deren Einrichtungen zum Jahresende 1999, die sich besonders in den Unionsstaaten Gujarat, Maharashtra und Orissa ereignet hatten, riefen Bombenexplosionen, die sich am 8. Juni 2000 ereigneten, nicht nur mehr erneut große Besorgnis, sondern nunmehr Empörung bei der christlichen Minderheit in Indien

■ Nach den Ausschreitungen gegen Christen und deren Einrichtungen zum Jahresende 1999, die sich besonders in den Unionsstaaten Gujarat, Maharashtra und Orissa ereignet hatten, riefen Bombenexplosionen, die sich am 8. Juni 2000 ereigneten, nicht nur mehr erneut große Besorgnis, sondern nunmehr Empörung bei der christlichen Minderheit in Indien sowie in breiten Teilen der indischen Öffentlichkeit hervor.

sowie in breiten Teilen der indischen Öffentlichkeit hervor. Ziele dieser Anschläge waren Kirchen in den Unionsstaaten Andhra Pradesh, Karnataka und Goa. Dabei erlitten Personen Verletzungen und es entstand durchweg schwerer Sachschaden an Gebäuden und Außenanlagen sowie an religiösen Gegenständen.

Der Chief Minister (Ministerpräsident) des Unionsstaates Andhra Pradesh und Präsident der Telugu Desam Party (TDP: Teluguland-Partei, an der Landesregierung beteiligte einflussreiche Regionalpartei; die TDP ist Mitglied der National Democratic Alliance: NDA, also der BJP-geführten Regierungskoalition auf Unionsebene), N. Chandrababu Naidu, begab sich mit dem Hubschrauber an die betreffenden Orte und versicherte den christlichen Gemeinden, dass alles getan werde, um die Schuldigen zu finden und zu bestrafen. Naidu sprach von einer „kriminellen Bande“, die Unruhe verbreiten wolle. Er wies die örtlichen Behörden an, die Schäden an den Kirchen auf Kosten der Landesregierung zu beheben und an die Verletzten Unterstützungen zu zahlen, und forderte die Bewohner zu Besonnenheit und Wachsamkeit auf.

Die Zwischenfälle nutzend, warf der Sekretär der Landesorganisation der CPM (Communist Party of India/Marxist) der TDP-Regierung von Andhra Pradesh vor, dass sie mit Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft in der von der BJP geführten Koalition auf Unionsebene nichts Ernsthaftes unternahme, um die Minderheiten zu schützen. Der zuständige BJP-Distriktpräsident dagegen bestritt vehement, dass seine Partei oder irgend eine der mit ihr verbundenen Organisationen mit den Anschlägen etwas zu tun habe. Die Angriffe dienten im Gegenteil dazu, die BJP und deren Politik zu diffamieren. Die Schuldigen sollten eher in den Reihen der Agenten des ISI (des pakistanischen Inter-Services Intelligence) gesucht werden. Der Innenminister von Andhra Pradesh verwies auf Ähnlichkeiten bei den Anschlägen, die darauf schließen ließen, dass die gleichen Kräfte dahinter stünden und Unruhe sähen wollten. Er forderte die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren. Eine Frage, ob er ebenfalls die Hand der ISI hinter den Explosionen vermute, beantwortete er dahingehend, dass er ohne weitere Informationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Schuldzuweisungen machen

■ Naidu sprach von einer „kriminellen Bande“, die Unruhe verbreiten wolle. Er wies die örtlichen Behörden an, die Schäden an den Kirchen auf Kosten der Landesregierung zu beheben und an die Verletzten Unterstützungen zu zahlen, und forderte die Bewohner zu Besonnenheit und Wachsamkeit auf.

wolle. In Goa wurden Untersuchungen veranlasst und die örtlichen Polizeikräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Der Landesvorsitzende des Congress(I) von Goa verurteilte die Anschläge scharf und verwies darauf, dass dies der erste Angriff auf eine religiöse Einrichtung in Goa sei, der seit dem Anschluss dieser ehemaligen portugiesischen Kolonie an Indien zu verzeichnen sei.

Kurz vor diesen Anschlägen war am 6. Juni 2000 ein katholischer Priester, Frater George Kuzhikandam, im Assisi Ashram in Navada in der Nähe von Mathura (der angeblichen Geburtsstätte des Gottes Krishna), nördlich von Agra, ermordet worden. Dieser Ort hatte bereits im März und April dieses Jahres Angriffe auf christliche Einrichtungen erlebt. Am 11. Juni 2000 wurde in den indischen Medien über den Mord an Ashish Prabash, einem 25-jährigen Prediger berichtet, der sich in Jalandhar im Unionsstaat Punjab ereignet hat. Dieser war der (unabhängigen) Missionsorganisation India Campus-Crusade for Christ verbunden. In einer gemeinsamen Stellungnahme der All India Catholic Union (AICU), des United Christian Forum for Human Rights (UCFHR) und des All India Christian Council (AICC) wurde die sofortige Suspendierung des für Mathura zuständigen Polizeichefs von Kanpur und die Ersetzung aller örtlichen Polizeioffiziere wegen „mangelnder Vorsorgemaßnahmen“ verlangt.

■ Weiter wurden die Landesregierung des Unionsstaates Uttar Pradesh und die Unionsregierung aufgefordert, „auf den Grund des Geheimnisses zu gehen, warum Kriminalität und Gewalt gegen Priester und Nonnen sowie christlich geführte Schulen und Krankenhäuser wachsen“.

Weiter wurden die Landesregierung des Unionsstaates Uttar Pradesh und die Unionsregierung aufgefordert, „auf den Grund des Geheimnisses zu gehen, warum Kriminalität und Gewalt gegen Priester und Nonnen sowie christlich geführte Schulen und Krankenhäuser wachsen“. Die politische Führung von Uttar Pradesh und die im Zentrum der Union in New Delhi könnten ihrer Verantwortung nicht ausweichen. Die Polizei wurde scharf kritisiert, weil sie die Morde und andere Vorfälle systematisch herunterspiele. Es sei überraschend, wie die Polizei und die Behörden wiederholt und in jedem einzelnen Falle bereits vor jeder Untersuchung zu der Schlussfolgerung kommen könnten, dass es sich jeweils um isolierte Einzelverbrechen handle. Der Mord an Kuzhikandam „mache alle Versprechungen gegenstandslos, die der Premierminister und die Chief Minister verschiedener Unionsstaaten den christlichen Gemein-

den angesichts der unverminderten Gewaltakte gegen Christen und deren Einrichtungen in den letzten beiden Jahren gegeben haben.“

Wie es in verschiedenen Tageszeitungen hieß, habe die Serie von Explosionen, die sich verteilt über mehrere Unionsstaaten ereigneten, das indische Innenministerium gezwungen, der furchterregenden Realität von wachsenden Angriffen auf Christen Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde auch darauf verwiesen, dass der Congress(I) und die Linken eine offensichtliche Absicht und Zielstellung hinter den Vorfällen sähen, die eine deutliche Spur zu den Abteilungen der Sangh Parivar zögen. Angesichts der zeitlich koordinierten Explosionen könnten die BJP und die von ihr geführte Unionsregierung sich nicht länger hinter der von ihnen bis dahin vertretenen Theorie verstecken, dass die Angriffe auf Kirchen und christliche Priester und Nonnen lediglich Probleme von Recht und Ordnung darstellten. In anderen Presseberichten hieß es, dass der Staatssekretär des Inneren, Kamal Pandey, sich mit den Landesregierungen von Andhra Pradesh, Karnataka und Goa in Verbindung gesetzt habe und deren Berichte erwarte, bevor er eine „Strategie ausarbeite“. Der Staatsminister für urbane Entwicklung, Bandaru Dattatreya, habe verlauten lassen, dass der Unionsminister des Inneren, L.K. Advani, kurz vor seiner Abreise zu einem offiziellen Besuch Israels, Frankreichs und Großbritanniens zugestimmt habe, die Sicherheitsdienste des Landes mit der Untersuchung der letzten Angriffe auf Kirchen zu beauftragen.

Das zeigt – nach Meinung von Arjun Singh, einem der Hauptrepräsentanten des Congress(I) – zwar erstmals an, dass die Unionsregierung hinsichtlich der Angriffe auf Christen ein Problem erkennt. Notwendig sei jedoch, dass der Premierminister selbst sich bemühe, einen nationalen Konsens herbeizuführen, der sich gegen die „kommunistischen und faschistischen Kräfte“ wende, die sich in mutwilligen und mörderischen Attacken gegen Minderheiten ergehen. Während Arjun Singh nach Zeitungsberichten die „unverantwortlichen Elemente, die schrittweise die säkulare Struktur des Landes zerstören wollten“, verurteilte, vermied er es jedoch, auf die Sangh Parivar und die mit ihr verbündeten Organisationen zu verweisen. Diese aber wurden von den

■ Der Staatsminister für urbane Entwicklung, Bandaru Dattatreya, habe verlauten lassen, dass der Unionsminister des Inneren, L.K. Advani, kurz vor seiner Abreise zu einem offiziellen Besuch Israels, Frankreichs und Großbritanniens zugestimmt habe, die Sicherheitsdienste des Landes mit der Untersuchung der letzten Angriffe auf Kirchen zu beauftragen.

■ Die BJP und der Vishwa Hindu Parishad, der 1964 auf Anregung des RSS gegründet worden war, sehen in offiziellen Stellungnahmen hinter den Angriffen auf Christen eine großangelegte „Konspiration der ISI“, durch die die BJP-geführte Koalitionsregierung der National Democratic Alliance destabilisiert und das Land wirtschaftlich geschwächt werden soll.

Linken, die hier augenscheinlich ein Profilierungsfeld sehen, direkt angegriffen. Das prominente Mitglied der CPI (Communist Party of India, eine der beiden kommunistischen Parteien Indiens), D. Raja, verwies auf die „systematische Planung“ der Übergriffe und ihre offensichtliche Verbindung mit der Sangh Parivar. Ranjan Abhigyan, Mitglied des Zentralsekretariats der CPI/M, verlangte „die unverzügliche Verhaftung der Verantwortlichen für die Angriffe und ihrer politischen Hintermänner“.

Die BJP und der Vishwa Hindu Parishad, der 1964 auf Anregung des RSS gegründet worden war, sehen in offiziellen Stellungnahmen hinter den Angriffen auf Christen eine großangelegte „Konspiration der ISI“, durch die die BJP-geführte Koalitionsregierung der National Democratic Alliance destabilisiert und das Land wirtschaftlich geschwächt werden soll. Dies erklärte BJP-Generalsekretär M. Venkaiah Naidu auf einer Pressekonferenz am 9. Juni 2000 und fügte hinzu, dass Pakistan, das von Indien in drei Kriegen geschlagen worden sei, Indien nun auf andere Weise schaden wolle. Allein in Kashmir seien von den indischen Sicherheitskräften bisher über 2000 von Pakistan aktivierte Terroristen getötet worden. Die BJP habe die „kommunale Harmonie“ in den letzten zwei Jahren bewahrt und sich für die Interessen der Minderheiten eingesetzt. Die Oppositionsparteien instrumentalisierten die Angriffe auf Christen gegen die NDA und vergäßen darüber die nationalen Interessen Indiens. Der Vizepräsident der BJP, J.P. Mathur, erklärte, dass seine Partei und die Unionsregierung die Sicherheit der Minderheiten als ihre Aufgabe ansehe. Er appellierte an die Christen des Landes, sich nicht von „politischen Propagandisten irreführen zu lassen“, welche die BJP und den RSS verantwortlich machten.

Die Unionsregierung, die bis zum 8. Juni 2000 jede organisierte Aktion gegen Christen und deren Einrichtungen in Abrede gestellt hatte, äußerte nach diesen Vorfällen „ernste Besorgnis“. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Premierminister Vajpayee 1999 nach den gegen Christen gerichteten Vorfällen in Gujarat diesen Unionsstaat besuchte und sich für eine „nationale Debatte über Konversionen“ aussprach. Damit hatte er, auch wenn er es nicht beabsichtigte, jenen Stimmen in der BJP und in

der Sangh Parivar und ihren Unterorganisationen Raum gegeben, welche die Gewalt gegen Christen auf von diesen „erzwungene Konversionen“ zurückführen wollen. Wie ein führender Vertreter der BJP am 10. Juni 2000 feststellte, bewiese der Vorschlag, den das Mitglied der Minderheitenkommission des Unionsterritoriums von Delhi, Rev. Valson Thampu – also ein Geistlicher – gemacht hat, nämlich ein Moratorium für Konversionen zu verkünden, die Richtigkeit dieser Annahme.

In einer Verlautbarung vom 8. Juni 2000 gab der Vishwa Hindu Parishad dem pakistanischen Inter-Services Intelligence die Schuld für die fast gleichzeitig erfolgten Bombenexplosionen in Kirchen von drei Unionsstaaten und warnte vor dem wachsenden Netzwerk des ISI, das besonders in den letzten drei Jahren entstanden sei. Während die ISI „Christen angreife“, würden der VHP, die Bajrang Dal, der RSS und andere mit ihr verbundene Organisationen dafür verantwortlich gemacht. Die Aktivitäten des ISI könnten zu einer weiteren Teilung Indiens führen, zusätzlich zu der von 1947. Giriraj Kishore, ein prominenter Führer des VHP, klagte die BJP-Regierung an, einen „unerklärten Notstand“ im Lande verursacht zu haben. Wenn das Zentrum unfähig sei, die Situation effektiv zu kontrollieren, könnte sich 1947 wiederholen. Die „ungezügelter Bürokratie“ und „eine dunkle Verschwörung zur Desintegration Indiens“ seien verantwortlich, wobei sie die „ISI und die CIA als Partner“ hätten. Diese unterstützten auch eine Spaltung Sri Lankas, die unabsehbare Folgen für die territoriale Integrität Indiens haben würde.

In einer Erklärung, in der die Angriffe auf Christen und deren Einrichtungen auf einer generellen Ebene aufgegriffen werden, drückten führende Mitglieder des United Christian Forum for Human Rights (UCFHR) ihre tiefe Besorgnis über die „beunruhigende qualitative Eskalation“ der Gewalt gegen Minderheiten besonders im sogenannten „Hindu-Gürtel“ aus. Der Kovorsitzende dieser Organisation, Dr. Ebe Sunder Raj, machte deutlich, dass es nunmehr offensichtlich sei, dass kriminelle Übergriffe nicht mehr von Angriffen auf das friedliche Zusammenleben von Volksgruppen zu trennen seien. Die Attacken gegen Christen in den letzten beiden Jahren seien die „schwerste Herausforde-

■ In einer Erklärung, in der die Angriffe auf Christen und deren Einrichtungen auf einer generellen Ebene aufgegriffen werden, drückten führende Mitglieder des United Christian Forum for Human Rights (UCFHR) ihre tiefe Besorgnis über die „beunruhigende qualitative Eskalation“ der Gewalt gegen Minderheiten besonders im sogenannten „Hindu-Gürtel“ aus.

■ Der damalige Vorsitzende des UCFHR, der im Jahr 2000 während eines Besuchs in Polen durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommene Erzbischof von Delhi, Alan de Lastic, unterstrich auf einer Pressekonferenz in New Delhi am 9. Juni 2000, also einen Tag nach den Bombenanschlägen, dass die christliche Gemeinschaft Indiens es außerordentlich bedaure, dass die Unionsregierung – „von der wir Unterstützung bei der Bewältigung dieser Herausforderung erwarten“ – sich bisher schweigend verhalte.

“, der sich das Christentum seit der Unabhängigkeit Indiens gegenüber sehe.

Der damalige Vorsitzende des UCFHR, der im Jahr 2000 während eines Besuchs in Polen durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommene Erzbischof von Delhi, Alan de Lastic, unterstrich auf einer Pressekonferenz in New Delhi am 9. Juni 2000, also einen Tag nach den Bombenanschlägen, dass die christliche Gemeinschaft Indiens es außerordentlich bedaure, dass die Unionsregierung – „von der wir Unterstützung bei der Bewältigung dieser Herausforderung erwarten“ – sich bisher schweigend verhalte. Er appellierte an den Premierminister, ihm Gelegenheit zu geben, „seine Aufmerksamkeit auf die Kette von Zwischenfällen und deren Charakter zu lenken“. Auf eine Frage, ob er diese Angriffe mit der BJP-geführten Unionsregierung in Verbindung bringen wolle, antwortete der Erzbischof, dass er dafür keine Beweise habe. Jedoch bleibe es Tatsache, dass die Zahl der Übergriffe in den letzten beiden Jahren (also seit Amtsübernahme BJP-geführter Regierungen; der Verf.) zugenommen habe.

Auf der gleichen Pressekonferenz bezweifelte der Erzbischof von Bhubaneswar (Hauptstadt des Unionsstaates Orissa), Raphael Cheenath, dass die Menschen, die in Orissa kürzlich auf einer Massenveranstaltung zurück zum Hinduismus konvertiert wurden, dies freiwillig getan hätten. Zwei Tage vor der oben erwähnten Pressekonferenz hatte der indienweit einflussreiche Sankaracharya (Lokalheilige) von Goverdhan Math in Puri (Orissa), Swami Nischalananda Saraswati Maharaj, am 7. Juni 2000 in Puri verlangt, alle nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 vollzogenen Konversionen zum Christentum für ungültig zu erklären und als „illegal“ zu behandeln. Indem er die Rekonversion von 72 Mitgliedern von Stämmen indischer Ureinwohner vom Christentum zum Hinduismus verteidigte, kündigte er gleichzeitig an, alsbald eine Strategie zur Durchführung von Rekonversionen vorlegen zu wollen.

Mittlerweile hat der National Council of Churches in India (NCCI) sich gegen die Art und Weise ausgesprochen, in welcher der „fundamentalistische Mechanismus“ vorgeht und zwar ungeachtet der wiederholten Versicherungen der herrschenden National Democratic Alliance. Der NCCI weise den

Ruf nach zeitweiliger freiwilliger Einstellung von Übertritten zum Christentum, wie von Valson Thampu empfohlen, zurück und fordere die Unionsregierung auf, die Sicherheit und den Schutz der Minderheiten zu gewährleisten und damit das von den in der National Democratic Alliance vereinten Parteien im letzten Wahlkampf gemachte Versprechen einzulösen.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass in Indien religiöse Zusammenstöße – zumeist mit sozialökonomischen und/oder ethnischen Wurzeln – seit jeher an der Tagesordnung sind und dass auch Muslime und Buddhisten sowie Sikhs seit der Unabhängigkeit mehrfach Ziel von Gewaltakten waren und auch laufend über Zusammenstöße von Hindus untereinander berichtet wird, haben die Übergriffe gegen Christen doch gegenwärtig ein für die säkulare Kultur Indiens und den politisch-sozialen Frieden gefährliches Ausmaß erreicht. Dass diese Situation in den letzten Jahren durch die Erstarkung bestimmter fundamentalistischer, hindunationalistisch-radikaler Kräfte gefördert wurde, scheint unübersehbar.

Für die BJP-geführte Unionsregierung, die um internationale Geltung bemüht ist und der daran gelegen ist, ausländische Direktinvestitionen in stark gesteigertem Umfang nach Indien zu lenken, kommen die Übergriffe auf Christen und deren Einrichtungen äußerst ungelegen. Sie fürchtet für das Image Indiens als Investitionsplatz und für ihre Bemühungen, die Wirtschaftsreformen und die Öffnung Indiens nach außen erfolgreich zu gestalten sowie die Stellung Indiens als Regionalmacht in Südasien zu festigen. Dabei steht die Unionsregierung unter heftigem Druck aus den Reihen von der BJP nahestehenden Organisationen wie dem VHP und dem RSS, die den in der Regierung Verantwortung tragenden BJP-Mitgliedern vorwerfen, mit der wirtschaftlichen Liberalisierung einen Ausverkauf Indiens zu betreiben.

Verwiesen sei in diesem Zusammenhang darauf, dass der RSS unterdessen in über 125 Ländern der Welt durch die Bildung von lokalen Unterorganisationen feste Strukturen geschaffen hat, um die außerhalb Indiens lebenden 25 Millionen Hindus (vor allem in den USA und Großbritannien, sowie in Ländern wie Malaysia, Südafrika, Mauritius und Fiji) für ihre Interessen zu mobilisieren.

■ Selbst wenn man davon ausgeht, dass in Indien religiöse Zusammenstöße – zumeist mit sozialökonomischen und/oder ethnischen Wurzeln – seit jeher an der Tagesordnung sind und dass auch Muslime und Buddhisten sowie Sikhs seit der Unabhängigkeit mehrfach Ziel von Gewaltakten waren und auch laufend über Zusammenstöße von Hindus untereinander berichtet wird, haben die Übergriffe gegen Christen doch gegenwärtig ein für die säkulare Kultur Indiens und den politisch-sozialen Frieden gefährliches Ausmaß erreicht.

Nicht zuletzt sieht die Unionsregierung die Ambitionen für einen ständigen Sitz Indiens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefährdet. Auch ist ihr bewusst, dass der Beitrag christlicher Einrichtungen und Persönlichkeiten insbesondere für das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie für das wirtschaftliche Geschehen weit überproportional zu deren Zahl ist und dass selbst führende Mitglieder der BJP oftmals christliche Schulen absolviert haben. Besonders peinlich sind die gegen Christen und deren Einrichtungen gerichteten Attacken für die Unionsstaaten Andhra Pradesh und Karnataka und deren jeweilige politische Führungen auf Landesebene, weil die Hauptstädte von Andhra Pradesh und Karnataka, Hyderabad bzw. Bangalore („Indian Silicon Valley“), als Hochburgen des in Indien boomenden Sektors der Informationstechnologie und damit internationaler Investoren gelten.

■ Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen zur EU

Im Hinblick auf die atmosphärische Vorbereitung des nachfolgenden Indien-EU-Gipfels in Portugal (und wohl auch mit Blick auf seine Teilnahme an der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie seinen Besuch in Washington auf Einladung Präsident Clintons im September 2000) hatte Premierminister Vajpayee am 26. Juni 2000 während seines Staatsbesuches in Italien, wo er bilaterale politische und wirtschaftliche Gespräche führte, eine Privataudienz bei Papst Johannes Paul II. Anlass dieser als Höflichkeitsbesuch deklarierten Visite waren offensichtlich die zu diesem Zeitpunkt verstärkten Ausschreitungen gegen Christen. Das Treffen mit dem Papst war in seinem Programm ursprünglich nicht vorgesehen und auf Druck der Ereignisse in Indien zusätzlich arrangiert worden.

■ Nach seinem Besuch im Vatikan ließ Vajpayee erklären, die indische Regierung sei über die Attacken gegen Christen und deren Einrichtungen „zutiefst besorgt“ und werde für die Bestrafung der Schuldigen sorgen.

Nach seinem Besuch im Vatikan ließ Vajpayee erklären, die indische Regierung sei über die Attacken gegen Christen und deren Einrichtungen „zutiefst besorgt“ und werde für die Bestrafung der Schuldigen sorgen. Brajesh Mishra, Principal Secretary to the Prime Minister und National Security Adviser, fügte hinzu, es müsse klar gemacht werden, „that this is not a situation where the entire nation is against the Christian Community. Secondly, the

Indian Government stands by the Constitution which is for a secular society. We will give protection to all minorities.“ Kritische Stimmen in der indischen Öffentlichkeit, darunter sogar realistische BJP-Spitzenpolitiker und andere führende Mitglieder dieser Partei, wiesen jedoch darauf hin, dass solchen Erklärungen massive Schritte gegen die Schuldigen folgen müssen.

Direkt nach seiner Ankunft in Lissabon unterstrich Vajpayee auf einem Treffen am 27. Juni 2000 (India-EU Business Summit), das von der Confederation of Indian Industry (CII) organisiert worden war, vor über 250 Spitzenvertretern von Unternehmen aus EU-Ländern, dass bessere Bedingungen zur Aufnahme ausländischer Direktinvestitionen (FDI) in Indien geschaffen werden müssten. Gegenwärtig würden nur 25 Prozent der vereinbarten FDI aus EU-Ländern tatsächlich realisiert. Den bisherigen Gesamtzusagen in Höhe von 13 Milliarden US-Dollar stünde ein tatsächlicher Zufluss von weniger als drei Milliarden US-Dollar gegenüber: „There are, no doubt, hurdles in the path of quicker implementation.“

Besonders warb Vajpayee um Privatinvestitionen für Projekte im Verkehrswesen (National Highway Development Project: 6000 km Neubau von Fernstraßen in den nächsten drei Jahren, weitere 7000 km bis 2009; nota bene: in Indien gibt es bis heute keinen Kilometer Autobahn!), in der Telekommunikation, im Energiesektor, bei der Erdöl- und Erdgas- sowie der Kohleförderung, im Flugwesen, bei Finanzdienstleitungen (Versicherungen) und in der Pharmazie und Biotechnologie. Speziell ging er auf Besorgnisse ausländischer Investoren ein und sagte die Prüfung erweiterter Garantien und Unterstützungen hinsichtlich der Investitionssicherung und -realisierung zu. Vajpayee informierte weiter über die Ziele der Regierung bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen einschließlich solcher in der Luftfahrt wie Indian Airlines und Air India, in der Ölförderung u.a. Dabei betonte er: „In the absence of social security and state-funded unemployment benefits, we will ensure that the interests of the workers are fully protected. We will do this through a combination of measures and suitable incentives like a

■ **Direkt nach seiner Ankunft in Lissabon unterstrich Vajpayee auf einem Treffen am 27. Juni 2000 (India-EU Business Summit), das von der Confederation of Indian Industry (CII) organisiert worden war, vor über 250 Spitzenvertretern von Unternehmen aus EU-Ländern, dass bessere Bedingungen zur Aufnahme ausländischer Direktinvestitionen (FDI) in Indien geschaffen werden müssten.**

■ Die indischen Medien wandten sich im Vorfeld des India-European Business Union Summit in Lissabon ausführlich den Erwartungen zu, welche in Politik und Wirtschaft Indiens in dieses Treffen gesetzt wurden. Dabei gingen sie zumeist davon aus, dass die EU in ihrer jetzigen Form einerseits große Fortschritte bei der Integration Europas erzielt hat (besonders erwähnt werden zumeist gemeinsamer Markt und vereinheitlichte Handelspolitik, Euro als gemeinsame Währung, sowie inneres EU-Grenzregime), andererseits stehe eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch aus bzw. sei erst im Entstehen begriffen.

generous voluntary retirement scheme and employees stock option plans.“

Die indischen Medien wandten sich im Vorfeld des India-European Business Union Summit in Lissabon ausführlich den Erwartungen zu, welche in Politik und Wirtschaft Indiens in dieses Treffen gesetzt wurden. Dabei gingen sie zumeist davon aus, dass die EU in ihrer jetzigen Form einerseits große Fortschritte bei der Integration Europas erzielt hat (besonders erwähnt werden zumeist gemeinsamer Markt und vereinheitlichte Handelspolitik, Euro als gemeinsame Währung, sowie inneres EU-Grenzregime), andererseits stehe eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch aus bzw. sei erst im Entstehen begriffen. Für den durchschnittlichen Inder stelle sich die EU noch nicht als Ganzes dar, was auf die relative Langsamkeit des Integrationsprozesses und darauf zurückzuführen sei, dass die EU-Mitgliedsstaaten sich in Indien nach wie vor vorrangig als Nationalstaaten präsentieren und auch so wahrgenommen würden.

Wie der Staatssekretär des Äußeren, Lalit Mansingh, auf einer Pressekonferenz am 22. Juni 2000 feststellte, werde die EU jedoch von offizieller indischer Seite seit längerem nicht mehr nur als gemeinsames Wirtschaftsgebiet, sondern zunehmend als politischer Akteur (political personality) angesehen: „It is with this new identity that we would like to interact“. Mansingh erklärte weiter, dass Indien in Lissabon keinerlei Druck seitens der EU erwarte, das Kernwaffen-Teststopabkommen (CTBT) zu unterzeichnen. „Our views on CTBT are well known and there is no question of any pressure on us. If the issue is raised during the summit, we will put our views very strongly.“ In Beantwortung einer Frage, ob auf dem Gipfel um Unterstützung für Indiens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geworben werden solle, wies Mansingh darauf hin, dass die EU als Integrationsgebilde solche Entscheidungen nicht treffe und dieses Anliegen daher auf bilateraler Ebene beraten werden müsse. In diesem Zusammenhang verwies er auf die indische Initiative einer UN-Konvention gegen Terrorismus und darauf, dass Indien in Lissabon nachhaltig seine Besorgnisse über den internationalen Terrorismus und dessen Verzahnung mit dem Rauschgifthandel

vorbringen werde. Mansingh unterstrich ferner, dass die EU als Block Indiens größter Partner für Handel und Investitionen sei und einen Großteil der Indien zufließenden Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstelle, sowie eine bedeutende Quelle für Technologie und eines der Hauptzielgebiete für indische Serviceleistungen bei der Informationstechnologie sei.

Hinsichtlich wirtschaftlicher Aspekte wurde darüber hinaus in den Medien vielfach gefordert, dass Indien in Verbindung mit Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU Fragen zu von der EU errichteten nichttarifären Handelsbarrieren aufwerfen sollte (Sozialklauseln: Kinderarbeit, Umweltstandards).

Weiter wurde darauf verwiesen, dass Indien seine Beziehungen zur EU mit dem Handicap begonnen habe, dass es zu Zeiten des Kalten Krieges wegen seiner besonderen Beziehungen zur damaligen Sowjetunion im Westen „Verdacht erregt“ hätte, was dort eine objektive Bewertung der indischen Politik erschwert habe. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wäre dieses Handicap weggefallen und dazu hätten sich die Wirtschaftsreformen und die Liberalisierung sowie die Öffnung der Wirtschaft nach außen positiv ausgewirkt. Die EU vereine fast 30 Prozent des indischen Handels auf sich. Demgegenüber habe Indien nur einen Anteil von ca. 1,3 Prozent am Gesamthandel der EU-Staaten, und dies zumeist mit Produkten geringer Wertschöpfung. Besonders Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und die Niederlande seien wichtige Quellen für ausländische Direktinvestitionen in Indien, jedoch sei das volle Potential hierfür bei weitem nicht ausgeschöpft, vor allem im Hinblick auf Software, Informationstechnologie und Dienstleistungen sowie preiswerte Arbeitskräfte für arbeitsintensive Produktionen.

Obwohl sich der neugeschaffene Euro zur Zeit nicht in guter Form präsentiere, müsse man sich darüber klar sein, dass er in der Zukunft das Übergewicht des US-Dollar relativieren könne. Überhaupt: „The spin-offs of the increased integration – covering defence, foreign, security and economic policies – as also of the enlargement would turn the E.U. into a still bigger force. India would do well to go about

■ Hinsichtlich wirtschaftlicher Aspekte wurde darüber hinaus in den Medien vielfach gefordert, dass Indien in Verbindung mit Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU Fragen zu von der EU errichteten nichttarifären Handelsbarrieren aufwerfen sollte.

■ Im Gegensatz zu den traditionell etablierten wirtschaftlichen Beziehungen sei ein politischer Dialog zwischen Indien und der EU erst seit 1996 in Gang gekommen. Bei drei Hauptthemen der indischen Politik – nämlich seiner Nuklearkapazität, des Verhältnisses zu Pakistan und dem Terrorismus – könne Indien mit Befriedigung feststellen, dass seine Beweggründe seitens der EU wachsendes Verständnis gefunden hätten.

systematically to derive the maximum possible advantage from it.“ (*The Hindu*, 26. Juni 2000)

Im Gegensatz zu den traditionell etablierten wirtschaftlichen Beziehungen sei ein politischer Dialog zwischen Indien und der EU erst seit 1996 in Gang gekommen. Bei drei Hauptthemen der indischen Politik – nämlich seiner Nuklearkapazität, des Verhältnisses zu Pakistan und dem Terrorismus – könne Indien mit Befriedigung feststellen, dass seine Beweggründe seitens der EU wachsendes Verständnis gefunden hätten. Mit der EU-Deklaration vom Juli 1998, in der die Kerntests Indiens wie Pakistans als ernste Gefährdung für Frieden und Sicherheit in der Welt und für die Stabilität Südasiens verurteilt worden wären, sei Druck auf beide Länder ausgeübt worden, den CTBT zu unterzeichnen. Dies sei von Indien als Arroganz aufgefasst worden und habe, ebenso wie die zeitgleichen Erklärungen der G-8 und der fünf ständigen Mitgliedsländer des VN-Sicherheitsrates, Anlass zur Verstimmung gegeben. Lediglich Frankreich habe damals Verständnis für die indischen Nukleartests gezeigt. Nunmehr aber habe die EU zu einer realistischen Position gefunden. Dies sei ihr erleichtert worden durch Signale aus Indien im Hinblick auf den CTBT und die Behandlung von Exporten kernwaffenfähigen Materials.

Im Kargilkonflikt habe die EU das besonnene Verhalten Indiens und seinen Verzicht auf die Überschreitung der „Line of Control“ gewürdigt, und habe Pakistans Rolle kritisiert sowie Islamabad aufgefordert, positive und glaubwürdige Schritte zur Schaffung eines der Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche dienlichen Klimas zu unternehmen.

Allgemein werteten die indischen Medien den Gipfel als großen Erfolg und teilten damit die regierungsamtliche Sprachregelung. Die vom Gipfel verabschiedete gemeinsame Erklärung reflektiere und dokumentiere, dass Indien als wichtiger Mitspieler in der Region und in der globalen Arena durch die EU-Mitgliedsstaaten anerkannt worden sei. Hervorgehoben wurde die Festlegung, dass eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Indien hergestellt und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgebaut werden soll. Die Vereinbarung, regelmäßig Gipfeltreffen abzuhalten und politische und wirtschaftliche Konsultationsmechanismen ein-

zurichten, bedeute eine Korrektur des absurden Zustandes, dass Indien in die hochrangigen Konsultationen Europa-Asien bisher nicht einbezogen war. Nunmehr stehe Indien – was Asien angeht – als anerkannter politischer Partner der EU in einer Reihe mit China und Japan sowie mit den USA, Russland und Kanada, mit denen die EU schon seit längerem Treffen auf höchster Ebene habe. In dieser Hinsicht wesentlich sei die Übereinkunft, dass der nächste Gipfel mit der EU 2001 in Indien stattfinden soll. Nicht verzichten werde Indien jedoch auf seinen Anspruch, auch in den ASEM-Mechanismus eingebunden zu werden, wogegen es allerdings derzeit Widerstand gebe, der in erster Linie von einigen asiatischen Ländern ausgehe.

Für den Erfolg des Gipfels besonders positiv ausgewirkt habe sich die Versicherung des Premierministers, dass Indien sich in Richtung der Unterzeichnung des CTBT bewege, und seine Bekräftigung des freiwilligen Moratoriums für weitere Nukleartests. Das allerdings hänge ab von der Erreichung eines parteienübergreifenden „nationalen Konsens“ im Parlament über den Beitritt zum CTBT, von dem man zur Zeit noch weit entfernt sei. Besonders der Congress(I) und die Linksparteien, aber auch einflussreiche Kräfte in der BJP-geführten Regierungskoalition begegneten dem mit der Frage, warum man einem Vertrag Unterstützung geben wolle, der von den USA praktisch in den Papierkorb geworfen worden sei.

Allerdings sei klar, dass auch die Gegner eines solchen Beitritts wüssten, dass weitere Schritte zum endgültigen Abbau der von den USA, anderen Staaten und multilateralen internationalen Organisationen wegen der Atomtests vom Mai 1998 gegen Indien verhängten Sanktionen abhängig seien von einem indischen Bekenntnis zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Das gelte auch im Hinblick auf die Bedürfnisse Indiens, Waffensysteme zu seiner Verteidigung zu beziehen und Kooperationen dazu aufzubauen sowie seine wissenschaftliche und technologische Basis zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurden Verbindungen hergestellt zum Satelliten- und Weltraumprogramm Indiens (übrigens will Indien bis Anfang 2001 einen „Spionagesatelliten“ mit einer Auflösung von einem Meter in Umlauf bringen) bis hin zu dem Vorhaben, etwa 2005 eine

■ Für den Erfolg des Gipfels besonders positiv ausgewirkt habe sich die Versicherung des Premierministers, dass Indien sich in Richtung der Unterzeichnung des CTBT bewege, und seine Bekräftigung des freiwilligen Moratoriums für weitere Nukleartests.

unbemannte oder sogar bemannte Weltraumfähre zum Mond zu schicken (vgl. „India’s Moon Mission“, in: *India Today*, New Delhi, Nr. 27, 26. Juni 2000).

Besondere Betonung lag in der Berichterstattung der indischen Medien über den Gipfel mit der EU auch darauf, dass Indiens Streben nach einer „multipolaren Welt“ offensichtlich konform mit der Haltung der EU-Staaten gehe. Die indische Kernwaffenrüstung müsse im Zusammenhang mit einem neuen internationalen pluralistischen Sicherheitsregime gesehen werden, in dem die aufstrebenden Mitspieler in Sicherheitsfragen und in der Weltwirtschaft angemessen eingeordnet und akzeptiert sind.

Mehr Verständnis habe der Gipfel für Indiens Besorgnisse über den grenzüberschreitenden Terrorismus gebracht. Die EU als Gruppe wie ihre Mitgliedsländer im Einzelnen würden die von Indien ausgelöste Initiative in den Vereinten Nationen für eine internationale Konvention gegen Terrorismus nunmehr mittragen. Allerdings habe sich die EU nicht zu einer Verurteilung des Urhebers für den Terrorismus längs der indischen Grenzen und nach Indien hinein (also Pakistans) durchringen können, sondern an Indien und Pakistan die gleichgewichtige Aufforderung gerichtet, in einen Dialog einzutreten und eine kooperative Haltung einzunehmen. Auch habe der Gipfel nicht Indiens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat aufgegriffen. Einige Pressestimmen äußerten Verwunderung darüber, dass die EU keine kritischen Fragen an Indien wegen der Angriffe auf Christen und ihre Einrichtungen gestellt habe.

Die von Premierminister Vajpayee in Aussicht gestellten Garantien und Unterstützungen für ausländische Direktinvestitionen in bestimmten Infrastrukturbereichen, vor allem in der Energieerzeugung und -übertragung, wären von EU-Seite offensichtlich als nicht ausreichend betrachtet und angesichts bisheriger Erfahrungen mit Skepsis aufgenommen worden. Dies aufgreifend wurde vor allem in der Wirtschaftspresse auf die „Schizophrenie“ verwiesen, die in der Unions- wie in den Landesregierungen noch zwischen verbaler Anerkennung von Wirtschaftsreformen und Liberalisierung und althergebrachtem Denken und Handeln im Sinne einer „kontrollierten Wirtschaft“ herrsche. Kapital sei knapp, suche nach bester Verwertung und man sollte angesichts besse-

■ Die von Premierminister Vajpayee in Aussicht gestellten Garantien und Unterstützungen für ausländische Direktinvestitionen in bestimmten Infrastrukturbereichen, vor allem in der Energieerzeugung und -übertragung, wären von EU-Seite offensichtlich als nicht ausreichend betrachtet und angesichts bisheriger Erfahrungen mit Skepsis aufgenommen worden.

rer Bedingungen dafür z.B. in anderen Ländern Asiens nicht der Illusion verfallen, dass es aus reiner Sympathie für Indien ins Land komme.

Zustimmend wurden klärende Gespräche kommentiert, die einerseits weitere Quoten für indische Textil- und Zuckereexporte geöffnet und andererseits Schritte der indischen Seite zur Senkung der Importzölle für bestimmte EU-Ausfuhren zugesagt hätten. Positiv aufgenommen wurden auch die während des Gipfels mit der EU unterzeichneten Abkommen über Zusammenarbeit in der Zivilluftfahrt, zur Errichtung einer Arbeitsgruppe für Informationstechnologie und zur Einsetzung eines Round table zur Diskussion von bilateralen Kooperationen. Wie vielfach mit Zustimmung bedacht wurde, habe Indien nachhaltig seine Vorbehalte betont, die WTO mit Problemen (Sozialklauseln, Umweltfragen) zu belasten, die nicht in diese Organisation gehörten.

■ **Besuch von US-Präsident Clinton in Indien und Gegenbesuch von Premier Vajpayee in den USA**

Der Besuch Clintons war die erste Staatsvisite eines amerikanischen Präsidenten nach 22-jähriger Unterbrechung. Obwohl die von der Clinton-Administration gewünschten zentralen Themen wie der Beitritt Indiens zum CTBT und Probleme der Nichtweitergabe von Kernwaffen sowie eine Vermittlerrolle der USA im Kashmir-Konflikt nicht im Mittelpunkt der Gespräche während des Staatsbesuches von US-Präsident Clinton in Indien standen, sollte die Wirkung des Besuches keinesfalls unterschätzt werden: Ohne Zweifel setzte der Besuch ganz neue Akzente im Hinblick auf die allgemeine politische Atmosphäre zwischen den USA und Indien, gab der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wichtige Impulse, schuf bessere Voraussetzungen für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit – insbesondere auf dem Gebiet der Informationstechnologie und im Energiesektor –, legte den Grund für amerikanisch-indische Initiativen zur Bekämpfung von Tuberkulose, Malaria und AIDS, und hatte den weiteren schrittweisen Abbau der im Gefolge der indischen Nukleartests vom Mai 1998 ausgesprochenen amerikanischen Wirtschaftssanktionen zur Folge.

■ **Der Besuch Clintons war die erste Staatsvisite eines amerikanischen Präsidenten nach 22-jähriger Unterbrechung.**

- Als weitere wichtige Ergebnisse sind zu nennen,
- dass regelmäßig Gipfeltreffen der Spitzenpolitiker beider Länder sowie jährliche Dialoge über Außenpolitik und Fragen der internationalen Sicherheit stattfinden sollen,
 - dass die derzeitige indische Haltung zum CTBT von den USA als gegeben akzeptiert wird, jedoch die USA in ihrem Druck auf Indien nicht nachlassen werden, den CTBT zu unterzeichnen,
 - dass die „Line of Control“ (LoC), die Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan, sowohl von den USA als auch von Indien als unantastbar angesehen wird, wobei die USA sich der indischen Sicht angenähert haben, dass die Verletzungen der LoC von Pakistan ausgehen,
 - dass die USA, wie im Vorfeld des Besuches bereits mehrfach offiziell erklärt, nicht mehr auf eine Vermittlerrolle im Kashmirkonflikt reflektieren, aber ihre Bereitschaft aufrechterhalten, zur „Erleichterung“ eines möglichen Dialogs zwischen Indien und Pakistan beizutragen,
 - dass die indische Besorgnis über terroristische Aktionen von den USA geteilt wird, und dass die USA eine diesbezügliche Warnung an Pakistan ausgesprochen haben,
 - dass die USA sich mit umfangreichen Krediten an der Milderung der Umweltprobleme Indiens, insbesondere zur Reduzierung der Luftverschmutzung, beteiligen wollen.

■ Von indischer Seite wurde und wird der Besuch Clintons überwiegend als Triumph konsequent an den nationalen Interessen orientierter außen- und sicherheitspolitischer Grundsätze und als Beweis der Richtigkeit der Politik der BJP-geführten Koalitionsregierung unter Premier Vajpayee gewertet.

Von indischer Seite wurde und wird der Besuch Clintons überwiegend als Triumph konsequent an den nationalen Interessen orientierter außen- und sicherheitspolitischer Grundsätze und als Beweis der Richtigkeit der Politik der BJP-geführten Koalitionsregierung unter Premier Vajpayee gewertet. Möglich geworden sei dies infolge des durch die Nukleartests vom Mai 1998 international und besonders bei den USA ausgelösten Wahrnehmungseffektes zugunsten Indiens, mehr jedoch noch als Folge der Anerkennung der besonnenen Politik New Delhis im Kargil-Konflikt, vor allem der Entscheidung, die Line of Control nicht zu überschreiten.

Nach anfänglichem, auch offiziell geäußertem Unverständnis über die Absicht des US-Präsidenten, auch in Islamabad Gespräche zu führen, setzte sich schließlich in Indien die Meinung durch, dass die

Entscheidung darüber Sache der USA sei. Wie vor seinem Indienaufenthalt angekündigt landete Clinton nach Beendigung seines Besuches in Indien auf einem pakistanischen Militärflugplatz in der Nähe von Islamabad, um zu einer nur mehrstündigen Unterredung mit General Pervaiz Musharraf, dem Chef des pakistanischen Militärregimes, zusammenzukommen. Letztlich wurde als großer Erfolg für Indien angesehen, dass Präsident Clinton sich in New Delhi wie in Islamabad sehr kritisch über die derzeitige politische Situation des ehemals einseitig bevorzugten Bündnispartners Pakistan geäußert und General Musharraf klar seine Ablehnung der gegenwärtigen Gegebenheiten und Machtstrukturen in Pakistan demonstriert hat.

Der Gegenbesuch von Premier Vajpayee in den USA im September 2000 auf Einladung von Präsident Clinton unter Einbeziehung der Gelegenheit, auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufzutreten, bestätigte die Ergebnisse der vorangegangenen Clinton-Visite in Indien. Für New Delhi war dies ein erneuter Beweis dafür, dass Indien von der einzig verbliebenen Supermacht nunmehr ernst genommen wird.

■ Flüchtlingsproblematik und Einwanderungskontrolle

Unter dem Eindruck des Tamilenkonflikts wird in Indien die Flüchtlingsproblematik in zunehmendem Maße als Bedrohung der nationalen Sicherheit und der territorialen Integrität des Landes begriffen und thematisiert. Dabei verstärkt sich der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung, die bisher aussteht, und durch die das bisherige Verfahren von Fall zu Fall durch ein System ersetzt werden soll. Der „Registration of Foreigners Act“ von 1939 und der „Foreigners Act“ von 1946 sowie der „Passport Act“ von 1920 und der „Passport Act“ von 1967 seien nicht ausreichend.

Aktuell begünstigt wird diese Forderung vor allem durch die Geschehnisse in Sri Lanka, wo größere Flüchtlingsströme von Tamilen aus dem Norden und Nordwesten des Landes nach dem indischen Unionsstaat Tamil Nadu bisher nur vermieden werden konnten, weil das Meer dazwischen liegt. Latent existierte diese Forderung aber seit langem

■ Unter dem Eindruck des Tamilenkonflikts wird in Indien die Flüchtlingsproblematik in zunehmendem Maße als Bedrohung der nationalen Sicherheit und der territorialen Integrität des Landes begriffen und thematisiert.

vor allem durch den erheblichen Druck, der von Flüchtlingen ausgeht, die von Bangladesh aus die Grenze nach Indien, die jetzt mit Millionenkosten durch einen Zaun mit Meldeanlagen gesichert werden soll, überschreiten.

Eine solche Flüchtlingsgesetzgebung sollte nach Auffassung indischer Experten sowohl die Rechte der Flüchtlinge als auch die Gewährleistung der territorialen Integrität und die Sicherheitserfordernisse Indiens berücksichtigen. Strittige Punkte wären neben zeitweiser oder ständiger Aufenthaltsgenehmigung vor allem die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse einzugehen, das Recht auf Versammlungsfreiheit und die Bildung von Vereinigungen, die Anwendung des Gleichheitsprinzips, das Recht auf Achtung der Freiheit der Persönlichkeit und das Recht auf freie Religionsausübung.

■ **Angesichts der Konflikte in Tamil Nadu wird insbesondere zu große Liberalität im Umgang mit kriminellen oder terroristischen Flüchtlingen kritisiert.**

Angesichts der Konflikte in Tamil Nadu wird insbesondere zu große Liberalität im Umgang mit kriminellen oder terroristischen Flüchtlingen kritisiert. „India, especially Tamil Nadu, cannot afford to become a ‘soft state’”. (*The Hindu*, 3. Juni 2000) Sechs der 26 Angeklagten im Prozess gegen die Mörder des früheren indischen Premierministers Rajiv Gandhi seien als Flüchtlinge registriert gewesen. Gegen alle 26 sei vom zuständigen Gericht in Madras (Chennai) die Todesstrafe verhängt worden. Das Oberste Gericht Indiens habe jedoch nur vier Todesurteile bestätigt. Bhaskaran, ein LTTE-Guerilla, sei in diesem Prozess wegen Mangels an Beweisen freigesprochen und in einem Lager interniert worden. Auf eigenen Antrag ausgewiesen, habe er einige Wochen später in Pnom Penh Verhandlungen über den Ankauf von Boden-Luft-Raketen für die LTTE geführt und somit durch indische Behörden selbst Gelegenheit bekommen, gegen die Sicherheitsinteressen Indiens und die Beziehungen zum Nachbarstaat Sri Lanka zu handeln.

■ **Indische „Ostpolitik“ und ASEAN**

Im Rahmen der von der indischen Regierung seit geraumer Zeit verkündeten und verfolgten Politik des Looking East bemüht sich New Delhi nicht nur um China und Japan, sondern verstärkt um Südostasien. Die jüngsten Besuche von Premier Vajpayee in Vietnam und Indonesien Anfang 2001 bestätigen

dies. Als Erfolg konnte verbucht werden, dass beide Länder sowohl eine konziliantere Haltung zu den indischen Ambitionen zeigten, mit der Association of South-East Asian Nations (ASEAN) in offiziellen Kontakt zu kommen, als auch die Ansprüche Indiens auf einen ständigen Sitz in einem erweiterten Sicherheitsrat zu unterstützen versprochen.

Verwiesen wurde jedoch sowohl von Vietnam als auch von Indonesien darauf, dass dies nicht die Haltung aller zehn Mitglieder der ASEAN sei. Diese hatten als Gruppe noch Ende November 2000 verlauten lassen, dass sie ein separates Gipfeltreffen mit Indien oder die Erweiterung des „ASEAN+3“-Gipfels – der China, Japan und Südkorea einbezieht – in einen Plus-4-Gipfel unter Teilnahme Indiens derzeit für nicht opportun halten. Der Premierminister Singapurs, Goh Chok Tong, gab dies am 24. November 2000 im Ergebnis des vierten Gipfeltreffens der Staats- bzw. Regierungschefs der ASEAN-Mitgliedsstaaten in Singapur gegenüber Pressevertretern bekannt. Der Premier, der Anfang November dem indischen Staatspräsidenten auf dessen Ersuchen zugesagt hatte, sich für die Einladung Indiens zum Gipfel einzusetzen, verlautbarte nach dessen Abschluss die in der Diskussion der führenden ASEAN-Vertreter entstandene Meinung, dass „ASEAN plus 3“ ein Forum zur Einbeziehung ostasiatischer Staaten sei. Außerdem sei es relativ neu und müsse Gelegenheit bekommen, sich zunächst erst einmal selbst zusammenzufinden. Es sei zur Zeit schwierig, sich einem „ASEAN-plus 4“-Arrangement zu nähern. Die ASEAN könne sich gegenwärtig nur die Schaffung eines separaten Forums dieses regionalen Zusammenschlusses für die Diskussion mit Indien vorstellen. Dies sei auch diskutiert, jedoch als verfrüht betrachtet worden. Der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi kommentierte diese Entscheidung ebenfalls damit, dass die Einbeziehung Chinas, Japans und Südkoreas und die Negierung des indischen Wunsches „geographisch“ determiniert und auf engere regionale Kooperation zwischen Ost- und Südostasien gerichtet sei. Indien habe enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit diesen drei Staaten und den ASEAN-Mitgliedern, die vertieft werden könnten.

■ Der Premier, der Anfang November dem indischen Staatspräsidenten auf dessen Ersuchen zugesagt hatte, sich für die Einladung Indiens zum Gipfel einzusetzen, verlautbarte nach dessen Abschluss die in der Diskussion der führenden ASEAN-Vertreter entstandene Meinung, dass „ASEAN plus 3“ ein Forum zur Einbeziehung ostasiatischer Staaten sei.

■ In der Presse wurden Meinungen laut, dass Indien nach dem höflichen „Nein“ der ASEAN-Führer sich nun einem intensiven Trend des Zusammenspiels von China, Japan und Südkorea mit den ASEAN-Mitgliedsstaaten gegenübersehe, aus dem der südasiatische Gigant als zunehmend Gewicht erlangender Teil Asiens ausgeschlossen sei.

In Indien hat dies beträchtliche Verwunderung, wenn nicht Verärgerung ausgelöst. In der Presse wurden Meinungen laut, dass Indien nach dem höflichen „Nein“ der ASEAN-Führer sich nun einem intensiven Trend des Zusammenspiels von China, Japan und Südkorea mit den ASEAN-Mitgliedsstaaten gegenübersehe, aus dem der südasiatische Gigant als zunehmend Gewicht erlangender Teil Asiens ausgeschlossen sei. Angesichts dessen und da Indien den Gedanken „ASEAN plus 4“ in voller Kooperationsbereitschaft und Ernsthaftigkeit an den Gipfel herangetragen habe, sei dessen Zurückweisung für New Delhi eine besorgniserregende Angelegenheit. Brunei, die Philippinen und Thailand werden als die Staaten bezeichnet, die sich dem indischen Wunsch verschlossen gezeigt hätten.

Demgegenüber verwiesen andere indische Stimmen darauf, dass Indien als Dialogpartner der ASEAN und Mitglied des Asian Regional Forum bereits im Gespräch mit diesen Regionalorganisationen bzw. deren Mitgliedern sei und den begonnenen Dialog auf dieser Basis fortsetzen und intensivieren sollte. Dies biete vielfältige Gelegenheiten für Kontakte. Außerdem sollte registriert werden, dass die inneren Probleme der ASEAN-Staaten groß und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung ungleichmäßig sei, so dass zumindest aus dieser Sicht ein gewisses Verständnis für die derzeitige Haltung der ASEAN aufgebracht werden müsste.

Dennoch wurde die Entscheidung des ASEAN-Gipfels in Singapur, Indien nicht in den ASEAN-Plus-Prozess einzubeziehen oder ein Forum dieser Organisation für den Dialog mit Indien zu schaffen, von den meisten politischen Beobachtern in New Delhi mit unverhohlener Verbitterung registriert, wobei in einigen Fällen auch nationalistische Töne mitschwingen. Es sei schließlich Indien gewesen, dass – abgesehen von seiner Bedeutung als eines der beiden größten Länder Asiens schlechthin – die Brücke von diesem Kontinent nach Europa geschlagen und besonders über den Buddhismus, aber auch über hinduistische Kulturleistungen enormen kulturellen Einfluss auf China, Japan, Indonesien oder Myanmar (Burma) ausgeübt habe. Außerdem sei es einerseits verwirrend, dass Indien als die „größte Demokratie der Welt“ eine Brüskierung durch auto-

ritäre und totalitäre Regime wie in China, Südkorea oder Burma hinnehmen müsse, andererseits aber verständlich, dass diese Staaten sich gegen „demokratische Einflüsse“ aus Indien abschirmen wollten.

Weiterhin werden Parallelen zur Nichteinbeziehung Indiens in die jährlichen ASEM-Treffen gezogen, was seit Jahren ein Stein des Anstoßes für das offizielle New Delhi ist. Auch hier werde deutlich, dass die Bedeutung Indiens als Regionalmacht, als Kandidat für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, als aufstrebende Größe auf dem zunehmend wichtiger werdenden Gebiet der Informationstechnologie sowie als Land mit einem stabilen Wirtschaftswachstum, welches im Gegensatz zu dem Auf und Ab in Südostasien stehe („Asienkrise“), noch nicht voll erkannt werde.

Wie vielfach in den Medien oder in offiziellen Stellungnahmen betont, sollte Indiens guter Wille zur Zusammenarbeit mit allen Ländern Südost- und Ostasiens und seine Politik des „Blicks nach Osten“ nicht in Zweifel gezogen werden. Zur Bestätigung dessen wird auch auf eine Reihe anderer Initiativen verwiesen, so z.B. auf das jüngste, Anfang November 2000 aus der Taufe gehobene „Mekong Ganga Cooperation Forum“ (MGC), das neben Indien Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam einbeziehen soll, oder die in der Zielsetzung ähnlich gelagerte, bereits seit geraumer Zeit existierende „Bangladesh, Indien, Myanmar, Sri Lanka, Thailand Economic Co-operation“ (BIMSTEC). Ein Blick auf die Landkarte macht deutlich, dass für Indien hier neben soliden wirtschaftlichen Interessen (nicht nur Warenexport, sondern Trainingsangebote für Informationsverarbeitung, Englischkurse für Militärpersonal und andere, Technikerausbildung etc.) in starkem Maße sicherheitspolitische Erwägungen motivierend gewesen sein dürften, insbesondere die aus indischer Sicht zunehmende chinesische Infiltration Myanmars (einschließlich einer Abhörstation und der chinesischen Intentionen zur Errichtung von Marinebasen) und deren Ausstrahlung in die unruhigen, von separatistischen Bewegungen und terroristischen Kräften geschüttelten indischen Unionsstaaten im Nordosten.